

vollzug, sondern um ein wichtiges Element des materiellen Strafrechtes. Diese Konvention schliesst für Verbrechen gegen die Menschheit und für schwere Kriegsverbrechen die Verjährung aus. Da unser ziviles und militärisches Strafrecht bis anhin die Verjährung bei allen Verbrechen vorsah, konnte die Schweiz dieses Übereinkommen nicht unterzeichnen. Zusammen mit dem Rechtshilfegesetz wurden aber das Strafgesetzbuch und das Militärstrafgesetz geändert, indem eine neue Bestimmung über die Unverjährbarkeit der Verbrechen gegen die Menschheit und der schweren Kriegsverbrechen eingefügt wurde. Durch diese Neuregelung ist der Weg für eine Ratifizierung geöffnet. Nachdem die Gesetzesrevision im Hinblick auf das Übereinkommen Nr. 82 vorgenommen wurde, ist diesem nunmehr beizutreten.

Im gleichen Zusammenhang ist auch das Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen (Nr. 86, 1975) zu ratifizieren. Der Titel 1 des Protokolls enthält Bestimmungen, wonach Verbrechen gegen die Menschheit nicht als politische Vergehen betrachtet werden dürfen. Das bisherige schweizerische Recht schloss das nicht aus, sondern überliess den Entscheid über den politischen Charakter dem Bundesgericht. Nachdem nun aber Artikel 3 Absatz 2 des Rechtshilfegesetzes ausdrücklich bestimmt, dass bei Verbrechen gegen die Menschheit wie bei schweren Terrorakten die Einrede des politischen Charakters keinesfalls berücksichtigt wird, erscheint die Bedingung für die Annahme des Zusatzprotokolls gegeben. Gleichzeitig kann der beim Europäischen Übereinkommen über die Auslieferung (Nr. 24, 1957) angebrachte Vorbehalt zurückgezogen werden, da er die gleiche Frage beschlägt.

Mit der Annahme der vorerwähnten sechs Konventionen durch unser Land wird die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Strafrechtes wesentlich verstärkt und bei der Rechtsharmonisierung ein erheblicher Fortschritt erreicht. Der Bundesrat wird daher beauftragt, die nötigen Vorkehrungen für einen Beitritt zu diesem Übereinkommen zu treffen.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates
Rapport écrit du Conseil fédéral*

In seiner Motion beantragt Nationalrat Muheim, dass die Schweiz sechs Übereinkommen des Europarates auf dem Gebiete der internationalen Rechtshilfe unterzeichne und ratifiziere, nachdem nun das Bundesgesetz vom 20. März 1981 über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRSG) am 1. Januar 1983 in Kraft getreten ist.

Der Bundesrat möchte einleitend darauf hinweisen, dass die Schweiz am 17. November 1981 das Zusatzprotokoll Nr. 86 vom 15. Oktober 1975 und das zweite Zusatzprotokoll Nr. 98 vom 17. März 1978 zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen sowie das Zusatzprotokoll Nr. 99 vom 17. März 1978 zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen unterzeichnet hat. Im übrigen hat die Schweiz am 17. Februar 1983 das Zusatzprotokoll Nr. 97 vom 15. März 1978 zum Europäischen Übereinkommen betreffend Auskünfte über ausländisches Recht unterzeichnet. Diese Protokolle werden in kürze den eidgenössischen Räten zur Genehmigung unterbreitet werden. Weiter hat die Schweiz am 21. März 1983 das Übereinkommen zur Überstellung verfolgter Personen unterzeichnet, dessen Ratifikation ebenfalls so bald als möglich beantragt werden soll.

Hingegen bieten die anderen in der Motion Muheim erwähnten Übereinkommen Nr. 51, 52, 70, 73 und 82 gewisse Schwierigkeiten. Das Europäische Übereinkommen Nr. 82 vom 25. Januar 1974 über die Unverjährbarkeit von Verbrechen gegen die Menschheit und von Kriegsverbrechen wurde bis anhin lediglich von Frankreich unterzeichnet und von den Niederlanden ratifiziert. Mangels Konsens konnte bis heute kein erklärender Begleitbericht (rapport explicatif) angenommen werden. Selbst nach Auffassung des Europarates handelt es sich beim erwähnten Übereinkommen um eine Totgeburt, die kaum ein Mitglied interessiert. Das Europäische Übereinkommen Nr. 70 vom 28. Mai 1970 über

die internationale Geltung von Strafurteilen wurde nebst Österreich nur von fünf Staaten (Dänemark, Norwegen, Schweden, Türkei und Zypern) und das Übereinkommen Nr. 73 vom 15. Mai 1982 über die Übertragung von Strafurteilen gar nur von vier Staaten (die gleichen ohne Zypern) ratifiziert. Der Misserfolg dieser Übereinkommen wurde an verschiedenen Sitzungen in Strassburg von fachkundigen Experten festgestellt. Ein massgeblicher Grund liegt in der Komplexität der ausgearbeiteten Regelungen. Dazu kommt, dass die Staaten, die dieses Übereinkommen ratifiziert haben, zahlreichen Anwendungsschwierigkeiten begegnen und es sich dabei um Länder handelt, mit denen die Schweiz auf dem Gebiet der Rechtshilfe kaum Beziehungen unterhält. Auch wenn das Europäische Übereinkommen Nr. 51 vom 30. November 1964 betreffend die Überwachung bedingt verurteilter oder bedingt entlassener Personen von einer grösseren Anzahl Staaten (sechs: Österreich, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und Schweden) ratifiziert wurde, muss doch festgestellt werden, dass dieses Übereinkommen in bezug auf seine Anwendung verschiedene Schwierigkeiten bietet. Das gleiche gilt für das Übereinkommen Nr. 52 vom 30. November 1964 über die Ahndung von Zuwiderhandlungen im Strassenverkehr, das bis anhin lediglich von vier Staaten (Belgien, Dänemark, Schweden und Zypern) ratifiziert wurde, und das auch nur unter Anbringung zahlreicher Vorbehalte. Zu erwähnen bleibt noch, dass die in den Übereinkommen Nr. 51, 52, 70 und 73 festgelegten Grundsätze verschiedentlich von der Regelung im IRSG abweichen und die Probleme, die durch diese Übereinkommen geregelt werden sollten, weder zahlreich noch vorrangig sind.

Aus diesen Gründen und in Anbetracht der Notwendigkeit, mit Nicht-Mitgliedstaaten des Europarates bilaterale Verträge abzuschliessen, ist der Bundesrat der Auffassung, eine Liste der Prioritäten erstellen zu müssen, die den wirklichen Bedürfnissen auf dem Gebiete der internationalen Rechtshilfe Rechnung trägt. Des weiteren ist es wünschenswert, vorerst die Erfahrungen mit dem neuen Gesetz abzuwarten. Als Prioritäten gelten zurzeit die Ratifikation der Zusatzprotokolle Nr. 86, 98 und 99 und des Übereinkommens zur Überstellung verurteilter Personen, dessen Ziel unter anderem gerade darin besteht, zahlreiche Probleme der Übereinkommen Nr. 70 und 73 zu beheben. Der Bundesrat verfolgt die Entwicklung auf dem Gebiet der Rechtshilfe in den Mitgliedstaaten des Europarates aufmerksam und prüft weiterhin, ob noch nicht angenommene Übereinkommen unterzeichnet und ratifiziert werden können.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates
Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

82.948

Motion Jelmini

Zeitzuschläge für Nacharbeit

Mozione Jelmini

Supplemento di tempo per lavoro notturno

Supplément de temps pour travail de nuit

Wortlaut der Motion vom 16. Dezember 1982

Der Bundesrat wird beauftragt, die Bestimmungen über Zeitzuschläge für Nachtdienst in den Beamtenordnungen und der Angestelltenordnung wie folgt zu ändern:

1. 50 Prozent für Nachtdienst zwischen 24 und 5 Uhr
 2. 25 Prozent für Nachtdienst zwischen 19 und 24 Uhr
- und die Anpassung von Artikel 9 des Arbeitszeitgesetzes (8. Oktober 1971) im Sinne der Ziffern 1 und 2 vorzuschlagen.

Testo della mozione del 16 dicembre 1982

Il Consiglio federale è incaricato di modificare le disposizioni concernenti il supplemento di tempo per lavoro notturno, nei regolamenti dei funzionari e degli impiegati federali, nel modo seguente:

1. 50 per cento per lavoro notturno fra le ore 24 e le ore 5
 2. 25 per cento per lavoro notturno fra le ore 19 e le ore 24
- e di proporre l'adeguamento dell'articolo 9 della legge federale sulla durata del lavoro (8 ottobre 1971) ai precedenti punti 1 e 2.

Texte de la motion du 16 décembre 1982

Le Conseil fédéral est chargé de modifier les dispositions concernant le supplément de temps pour le travail de nuit, dans les règlements des fonctionnaires et dans le règlement des employés, comme il suit:

1. 50 pour cent pour le travail de nuit entre 24 heures et 5 heures
2. 25 pour cent pour le travail de nuit entre 19 heures et 24 heures

et de proposer l'adaptation de l'article 9 de la loi fédérale sur la durée du travail (8 octobre 1971) dans le sens des chiffres 1 et 2.

Mitunterzeichner – Cofirmatari – Cosignataires: Blunschy, Darbellay, Dirren, Humbel, Meier Josi, Müller-Lucerne, Spiess, Tochon, Wilhelm, Ziegler-Soleure (10)

Schriftliche Begründung

Motivazione scritta – Développement par écrit

Il personale d'esercizio delle ferrovie, delle poste e delle telecomunicazioni ha da sempre dovuto prestare in larga misura servizio presto, tardi e di notte. Quale conseguenza del nuovo concetto aziendale (per es. il nuovo concetto dei treni viaggiatori e il nuovo concetto della messaggeria delle FFS) e una forzata razionalizzazione collegata alla centralizzazione, il lavoro notturno e a turni è stato notevolmente esteso. Anche il personale del corpo delle guardie di confine deve prestare molto lavoro notturno e a turni. Infine, presso talune installazioni militari, il personale deve lavorare 24 ore su 24. L'introduzione di nuove attrezzature elettroniche ha purtroppo condotto a un aumento del lavoro a turni in diversi settori (per es. nei centri EDP). Anche nelle aziende concessionarie delle ferrovie, dei filobus e delle automobili la situazione è analoga.

La letteratura scientifica in materia di lavoro considera il lavoro notturno e a turni quale fattore di rischio, ciò che è del resto confermato da rispettive indagini (Schicht- und Nachtarbeit im Betrieb, Prof. Eberhard Ulich, Rüslikon/Zürich, gdi-Verlag, 1979, Institut für Arbeits- und Betriebspsychologie der ETH Zürich).

Le esperienze acquisite presso le PTT e FFS mostrano che presso il personale addetto al lavoro a turni si registra una costante selezione per motivi di salute, la quale costringe i lavoratori ad assumere lavori più leggeri oppure ad un pensionamento anticipato.

Anche se il lavoro a turni non può essere completamente eliminato, si dovrebbe fare di tutto per ridurlo. Gli inconvenienti del servizio irregolare dovrebbero inoltre essere compensati.

Attualmente la Confederazione e le altre imprese pubbliche di trasporto versano un'indennità in contanti. Essa è giustificata in quanto permette di coprire le spese supplementari derivanti dal lavoro a turni. Per il lavoro notturno vero e proprio, svolto tra le 24.00 e le 04.00, l'articolo 9 della legge sulla durata del lavoro prevede un supplemento di tempo di almeno il 25 per cento. Tale supplemento va parimenti

accordato tra le 04.00 et le 05.00 purché il lavoratore abbia iniziato il servizio prima delle 04.00. Nell'intento di attenuare le conseguenze nocive del lavoro a turni e del lavoro notturno e di garantire il necessario tempo di riposo prolungato, si dovrebbe, quale provvedimento urgente, aumentare in misura sensibile questo supplemento di tempo ed estendere l'intervallo di tempo lavorativo che dà diritto allo stesso.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Parere scritto del Consiglio federale

Rapport écrit du Conseil fédéral

L'articolo 10 della legge federale del 30 giugno 1927 sull'ordinamento dei funzionari federali dà al Consiglio federale la competenza di disciplinare il diritto al supplemento di tempo per il lavoro notturno. Questa competenza non può essere tolta al Consiglio federale da una mozione. Aderiamo alle conclusioni di un rapporto redatto dall'Ufficio federale di giustizia giusta le quali è da negare la ricevibilità di una mozione nel settore legislativo oggetto di delega.

La modificazione degli articoli che, nell'ordinamento dei funzionari federali e nell'ordinamento degli impiegati, fissano il supplemento di tempo accordato per il lavoro notturno deve essere esaminata a fondo. Gli aumenti proposti dall'autore della mozione esigono l'assunzione di ulteriori 1100 agenti presso l'azienda delle PTT e di 1275 presso le FFS. Il Consiglio federale esaminerà a tempo debito se è possibile un aumento dei supplementi di tempo per lavoro notturno.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Dichiarazione scritta del Consiglio federale

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Il Consiglio federale propone di trasformare la mozione in postulato.

Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

83.385

Motion Jaggi

Ortszuschlag für Bundesbeamte.

Unterscheidung nach Zivilstand

Indemnités de résidence versées au personnel fédéral. Différenciation selon l'état civil

Wortlaut der Motion vom 16. März 1983

Der Bundesrat wird gebeten, das System der Ortszuschläge zu überarbeiten, damit die Abstufung nach dem Zivilstand, wenn möglich stufenweise, spätestens jedoch Ende der Legislaturperiode 1983/1987, aufgehoben werden kann.

Texte de la motion du 16 mars 1983

Le Conseil fédéral est invité à réexaminer le système des indemnités de résidence, en vue d'éliminer, si possible progressivement et au plus tard à la fin de la législature 1983-1987, la différenciation faite selon l'état civil des ayants droit.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-Saint-Gall, Aubry, Baechtold, Bäuml, Braunschweig, Carobbio, Christinat, Crevoisier, Deneys, Dupont, Egli, Euler, Füeg, Gerwig, Girard, Gloor, Hubacher, Kopp, Leuenberger, Loetscher, Longet, Magnin, Martin, Mascarin, Mauch, Morel, Morf, Muheim, Müller-Berne, Nauer, Neukomm, Ott, Petitpierre, Pini, Reimann, Renschler, Riesen-Fribourg, Rob-

Motion Jelmini Zeitzuschläge für Nacharbeit

Motion Jelmini Supplément de temps pour travail de nuit

Mozione Jelmini Supplemento di tempo per lavoro notturno

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1983
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.948
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.06.1983 - 08:00
Date	
Data	
Seite	984-985
Page	
Pagina	
Ref. No	20 011 525

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.